

Polen: Chef der Bischofskonferenz stoppt homophobe Kampagne

In den letzten Jahren hat Stanislaw Gadecki selbst gerne gegen Homosexuelle Stimmung gemacht. Doch jetzt wird selbst ihm der katholische Homo-Hass zu viel.

Der Posener Erzbischof Stanislaw Gadecki, der seit 2014 die nationale Bischofskonferenz Polens anführt, hat sich von einer LGBTI-feindlichen Kampagne distanziert. Nach einem Bericht der kirchlichen Nachrichtenagentur "Katolicka Agencja Informacyjna" (KAI) vom Montag hat Gadecki ein Rundschreiben an die Pfarrer in seinem Erzbistum verschickt, in dem er untersagt, dass auf dem Kirchengelände für die Volksinitiative "Stop LGBT" Werbebroschüren verteilt und Unterschriften gesammelt werden.



Bei "Stop LGBT" geht es um einen Gesetzentwurf, der nach russischem Vorbild in dem EU-Land CSD-Demonstrationen und "Homo-Propaganda" im öffentlichen Raum verbieten soll. Dafür wollte die von Abtreibungsgegnerin Kaja Godek gegründete "Stiftung für Leben und Familie" besonders in Gotteshäusern Unterschriften sammeln.

Weihbischof Artur Mizinski, der Generalsekretär der Bischofskonferenz, hat bei dieser Initiative weniger Hemmungen als sein Chef: Er erklärte, es stehe den Bischöfen frei, an der gegen sexuelle und geschlechtliche Minderheiten gerichteten politischen Aktion teilzunehmen. Der 55-Jährige empfahl den Bischöfen sogar, eine "wohlwollende Behandlung" in Erwägung zu ziehen.

Andere Bischöfe machen bei "Stop LGBT" mit

Diese "wohlwollende Behandlung" hat Gadecki nun offenbar verweigert. Andere Bischöfe stehen aber hinter den Aktion: Tadeusz Wojda, der Erzbischof von Białystok, unterstützt laut Medienberichten etwa die Unterschriftensammlung. Białystok geriet letztes Jahr in die Schlagzeilen, als CSD-Teilnehmer*innen mit Steinen und Böllern attackiert wurden.

Die Ablehnung durch Gadecki kommt überraschend, da er selbst immer wieder gegen Homosexuelle polemisiert hatte. So sagte er vergangenes Jahr in Bezug auf CSD-Teilnehmer*innen, dass die Kirche nicht aufhören dürfe, "Todsünde als solche zu benennen". Als Chef der Bischofskonferenz war er für mehrere LGBTI-feindliche Bischofsschriften verantwortlich. So forderte er mit seinen Kollegen die rechtspopulistische Regierung in Warschau auf, den Forderungen von LGBTI-Organisationen prinzipiell nicht nachzugeben, da sie "ideologischen Totalitarismus" zum Ziel hätten. Erst vor wenigen Wochen verabschiedete die Bischofskonferenz ein Papier zu "LGBT+-Fragen", wonach die Kirche sogar "Homo-Heilung" unterstützt.

Volksinitiativen in Polen müssen im Parlament behandelt werden, wenn Aktivist*innen 100'000 Unterschriften gesammelt haben – also weniger als 0,4 Prozent der wahlberechtigten Polinnen und Polen. Im April hatte das Parlament einen von Godek vorgelegten Entwurf zur Verschärfung des Abtreibungsverbots und einen ebenfalls aus dem Umfeld der ultrakatholischen Organisation Ordo Iuris stammenden Gesetzentwurf zum Verbot von Sexualerziehung in erster Lesung beraten und in die Ausschüsse verwiesen.